



Ausgabe 07/ 2012

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese letzten Monate und die letzten Sitzungswochen waren mehr als ereignisreich. Im Haushaltsausschuss haben wir den Haushalt 2013, den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode beraten. Und das ist auch mein letzter Bundeshaushalt. Die meisten werden es bereits wissen, ich kandidiere nicht mehr für den Bundestag. Derzeit laufen in Charlottenburg-Wilmersdorf die Vorstellungsrunden der vier Kandidatinnen und Kandidaten, bis im November 2012 die Mitgliederbefragung stattfindet.

Die SPD hat jetzt inzwischen einen Kanzlerkandidaten! Und direkt ging es los mit Diskussionen über Vortragshonorare und Nebeneinkünfte – sehr interessant, wer hier am lautesten Kritik übte, aber bislang jede Regelung ablehnte, mehr Transparenz zu schaffen. Jetzt hat Schwarz-Gelb eine Regelung beschlossen – uns geht sie allerdings nicht weit genug, auch wenn es ein erste Schritt in die richtige Richtung ist. Meine Fraktion wird auch weiter darauf drängen, eine gesetzliche Lösung zu finden, die alle Nebenverdienste auf Euro und Cent offenlegt. Schwarz-Gelb hat das vorerst verhindert – das aber ist nicht der letzte Akt.

Gerade hat Schwarz-Gelb aber auf dem Koalitionsgipfel Anfang November Wahlgeschenke verteilt – mit unabsehbaren Folgen für diesen und kommende Bundeshaushalte. Nein, Sparen wollen

Inhaltsverzeichnis:



■ Aus dem Bundestag	
Betreuungsgeld	2
Haushalt 2013, Ehrensold, Kultur	3-5
Neues Wahlrecht, Nebeneinkünfte	5
Koalitionsgipfel	5
ESM, Mario Draghi im Bundestag	6
■ Aus der Fraktion	
SPD zur Staatshaftung für Finanzinstitute	6
Ein Jahr nach Entdeckung des NSU	7
Programm „Soziale Stadt“	7
Frauenquote in Aufsichtsräten	8
Alleinerziehende besser unterstützen	9
Netzpolitik	10
■ Aus dem Wahlkreis	
Galeriebesuch mit Frank-Walter Steinmeier	11
Denkmalschutz Sonderprogramm	11
Inge Deutschkron zum 90ten	11
Sommorgespräche 2012	12
■ Unterwegs	
Andilly	12
Portugal und Spanien	12
Jugendarmut	12
■ Termine	
Ausstellungseröffnung „Projekte in Afrika	13
jugendFORUM	14
■ Kontakt	
Bundestag/Wahlkreis	14

sie nicht! Und der nächsten Regierung hinterlassen sie ein schweres Erbe!

Mit herzlichen Grüßen

Petra Merkel, MdB





■ Aus dem Bundestag

Betreuungsgeld

Das Gute vorweg: Gegen das Betreuungsgeld wird die SPD Verfassungsklage einlegen. Viermal musste die schwarz-gelbe Koalition das Betreuungsgeld beschließen, bevor darüber an Freitag, den 9.11., im Bundestag abgestimmt wurde. Selbst bei Schwarz-Gelb ist es höchst umstritten. Eigentlich will es nur der bayerische Ministerpräsident, um damit im Landtagswahlkampf die Nachfrage nach fehlenden Betreuungsplätzen in Bayern zu dämpfen. Auch die Bevölkerung lehnt es mehrheitlich ab, darunter auch die Wählerinnen und Wähler von Union und FDP. Gegen diese unsinnige Kita-Fernhalteprämie gibt es eine breite gesellschaftliche Phalanx von den Gewerkschaften und den Sozialverbänden, über die Wissenschaft bis hin zu den Arbeitgebern.

Das Betreuungsgeld soll ab 1. August 2013 zunächst in Höhe von 100 Euro pro Monat bezahlt werden, wenn Eltern für ihr Kind kein öffentlich finanziertes Betreuungsangebot nutzen. Ab 1. August 2014 sollen dann 150 Euro pro Monat gezahlt werden.

Meine Fraktion übte in der Debatte harsche Kritik daran, dass das Betreuungsgeld dafür bezahlt werde, dass eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung nicht in Anspruch genommen werde, aber den Eltern zustehe, die ihren Nachwuchs von einem Au-pair-Mädchen betreuen lassen. Das sei der Ausstieg aus sozial gerechter Bildungspolitik, doch hier sei von der FDP auch nichts anderes zu erwarten. „Die von der Bundeskanzlerin einst ausgerufenen Bildungsrepublik ist nichts mehr wert“, sagte Marks.

In einem Kuhhandel hatte die FDP, die das Betreuungsgeld eigentlich ablehnt, der Kita-Fernhalteprämie zugestimmt, weil die Union die Abschaffung der Praxisgebühr mitgetragen hat. Zuvor hatte der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler

noch kritisiert, dass das Betreuungsgeld viel Geld koste, nicht gegenfinanziert sei und eine Bildungskomponente völlig fehle. Dafür gibt es nun für die Eltern, die das Betreuungsgeld für die Bildung ihrer Kinder anlegen, eine Prämie von 15 Euro oben drauf. Gleiches gilt für die Eltern, die das Betreuungsgeld für die eigene Altersvorsorge nutzen. Beides gilt der Beschwichtigung der FDP und freut die private Versicherungswirtschaft.

Die Debatte und die Rede von Peer Steinbrück finden Sie hier:

<http://www.spdfraktion.de/themen/das-betreuungsgeld-ist-schwachsinnig>

Haushalt 2013

Im kommenden Jahr wird die Koalition neue Schulden von 17,1 Milliarden Euro aufnehmen, das sind 1,7 Milliarden Euro weniger als geplant aber nur unwesentlich weniger als im Jahr 2011 tatsächlich aufgenommen wurden. Dabei hätte die Neuverschuldung allein aus automatischen Haushaltsverbesserungen (durch Verschiebung von Privatisierungserlösen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, einer zusätzlichen Entnahme aus dem Gesundheitsfonds in Höhe von 500 Millionen Euro, der zusätzlichen Absenkung des Rentenbeitrages von 19,0 auf 18,9 Prozent mit einem Volumen von 320 Millionen Euro sowie weiteren Minderausgaben bei den Zinsen und der Berücksichtigung der Steuermehreinnahmen in Höhe von zusammen rund 1 Milliarde Euro) gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 3 Milliarden Euro auf 15,8 Milliarden Euro sinken können. Damit wird deutlich, dass die Koalition fast die Hälfte der Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden Euro als zusätzliche Ausgaben zur Finanzierung ihres Wahlkampfhaushaltes für Klientelpolitik nutzt.

Im Jahr 2014 plant die Koalition noch eine Neuverschuldung von knapp 7 Milliarden Euro ein.





Finanzminister Schäuble hat selbst diese Ziele zuletzt gestern als zu ambitioniert in Frage gestellt. Diese Einschätzung verwundert nicht: Während der gesamten Wahlperiode hat der zuständige Minister an der Haushaltskonsolidierung kein gesteigertes Interesse gezeigt. Dies ist angesichts des dritten Jahres in Folge mit Steuereinnahmen auf Rekordniveau eine bittere Bilanz für die schwarz-gelbe Koalition auf diesem zentralen Politikfeld.

Risiken werden aber auch bei den sozialen Sicherungssystemen schamlos in die Zukunft geschoben: Der Griff in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit zehrt Polster für schlechtere Zeiten auf. Sogar vor den Gewinnen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) macht diese Bundesregierung nicht Halt.

In den parlamentarischen Beratungen hat sich gezeigt, dass der Koalition für strukturelle Maßnahmen die politische Kraft fehlt. Nur Trickserien helfen der schwarz-gelbe Regierung, in die Nähe der eigenen Ziele zu gelangen. Dafür werden Privatisierungseinnahmen auf dem Papier hin und her geschoben und konjunkturelle, also nur vorübergehende, Steuermehreinnahmen genutzt.

Gleichzeitig beschließt die Regierungskoalition zusätzliche Ausgaben für Wahlgeschenke und verschlechtert die Struktur des Haushaltes mit unsinnigen neuen Leistungen wie dem Betreuungsgeld.

Die SPD hat in ihrem Finanzierungskonzept einen soliden Plan für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt mit einer deutlich geringeren Neuverschuldung in Höhe von nur 7,8 Milliarden Euro für 2013 vorgelegt. Das Konzept umfasst den Abbau von Subventionen, die Rückabwicklung von Steuergeschenken der schwarz-gelben Koalition, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und Einnahmesteigerungen aus moderaten Steuererhöhungen für die Spitzenverdiener.

„Ehrensold“ Bundespräsident

Kaum etwas hatte in der letzten Zeit für soviel Aufregung gesorgt, wie die Bezüge, der „Ehrensold“, und die Amtsausstattung für den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff. Denn vielen erschien es nicht nachvollziehbar und nicht gerecht, dass er trotz seiner kurzen Amtszeit, diese Ansprüche haben sollte und dass das Parlament hier keine Einflussmöglichkeiten hatte, dies zu ändern.

Meine Fraktion hat deshalb in den Haushaltsberatungen einen Antrag eingebracht, dies zu ändern. Danach wäre die Amtszeit entscheidend für die Ansprüche, erst nach einer vollen Amtsperiode entstehe Anspruch auf eine dauerhafte Leistung. Außerdem wollten wir die Leistungen, Ruhebezüge und Amtsausstattung, auf 300.000 € jährlich deckeln. Allerdings wurde dieser Antrag abgelehnt.

Wir haben dem Etat des Bundespräsidenten im Haushaltsausschuss auch nicht zugestimmt.

Kulturetat 2013

Diese Presseerklärung anlässlich der Ergebnisse der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen, dem Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien Siegmund Ehrmann herausgegeben:

Wir begrüßen die Erhöhung des Haushaltes für Kultur und Medien, kritisieren aber die Art und Weise. Zwar schließt sich die schwarz-gelbe Koalition unseren Forderungen, die Mittel für bedeutsame Institutionen und Programme zu erhöhen, an. Sie verweigert aber die inhaltliche Diskussion darüber, was und warum zusätzlich notwendig ist, komplett. Während im Etat des Auswärtigen Amtes die Arbeit des Goethe-Instituts massiv behindert wird, beschließt die schwarz-



gelbe Koalition erhebliche Mittel für die umstrittene Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung und ein neues, bislang überhaupt nicht diskutiertes Sudetendeutsches Museum in München ohne Konzeption. Damit offenbart sie ein rückwärtsgewandtes Kulturverständnis, was dem Bild von einem weltoffenen und toleranten Deutschland schadet.

Für die Kultur freuen wir uns über mehr Geld für Projekte und Vorhaben, die die SPD immer wieder befürwortet und vorangetrieben hat. Dazu gehören die Kulturstiftung des Bundes, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, das Sonderprogramm Denkmalschutz, das Haus der Kulturen der Welt, ein neuer Spielstättenprogrammpreis bei der Initiative Musik, der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) und die Digitalisierung der Kinos.

Zugleich kritisieren wir, dass die schwarz-gelbe Koalition und Kulturstaatsminister Neumann in den Fachausschüssen nicht erklären wollten oder konnten, warum welche Änderungen notwendig sind. Dabei hat die gestrige Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien zur öffentlichen Kulturförderung deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, Entscheidungen gut zu begründen und gerade im Kulturbereich auch mit den Ländern abzustimmen. Die schwarz-gelbe Koalition nimmt keine Rücksicht auf den kooperativen Kulturföderalismus, sondern bedient vielmehr einzelne Interessen. Bestes Beispiel dafür ist der „Raddampfer Kaiser Wilhelm“ in Lauenburg, nahe Hamburg, für den, um ihn überhaupt fördern zu können, die Kriterien des Denkmalschutzprogrammes angepasst werden sollen. Ein solches paternalistisches Verständnis von Kulturpolitik lehnen wir ab. Wir haben unsere Forderungen gut begründet und Vorschläge zur Gegenfinanzierung unterbreitet. Auch das verweigert die Koalition bis jetzt völlig und unterstreicht damit ihre haushaltspolitische Verantwortungslosigkeit.

Neues Wahlrecht

Die Bundestagsfraktionen haben sich auf die Eckpunkte für ein neues Wahlrecht verständigt. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann dazu: „Das neue Wahlrecht ist fair, gleich und demokratisch. Wir haben beschlossen, dass bei der nächsten Wahl Überhangmandate durch Ausgleichsmandate neutralisiert werden. Damit lösen wir das zentrale Versprechen der Demokratie ein: Das gleiche Wahlrecht für alle. Jetzt bestimmen wieder die Wählerinnen und Wähler, wie der Bundestag zusammengesetzt ist, und nicht länger ein verfassungswidriges Wahlrecht.“

Nebeneinkünfte

Die Koalition hat in der Rechtsstellungskommission des Bundestages ihr Modell zur Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten gegen die Stimmen der Opposition durchgesetzt. SPD-Verhandlungsführer Thomas Oppermann sagt: „In der Sitzung der Rechtsstellungskommission hat die Koalition ihr Modell gegen die Stimmen der Opposition durchgesetzt. Die SPD will weiterhin eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte nach Euro und Cent. Die Koalition hat eine erweiterte Stufenregelung präsentiert. Sie hat sich bewegt, ist aber immer noch nicht bereit, echte Transparenz herzustellen.“ Ich bin sicher: Dies ist noch nicht das letzte Wort. Wir werden die weiteren Gespräche in der Kommission nutzen, um noch mehr Transparenz zu erreichen.“

Koalitionsgipfel

Monatelang haben sie sich nicht einmal auf einen Termin einigen können – nun tagte der Koalitionsausschuss von Schwarz-Gelb nach acht Monaten Pause wieder am 4. November. Dabei heraus kam aber nicht der große Regierungsentwurf, sondern kleinliche und unsoziale Tauschgeschäfte, die eher einem Kuhhandel entsprechen.





Das widersinnige Betreuungsgeld soll nun kommen, aber erst zum August 2013, dafür soll die Praxisgebühr abgeschafft werden. Letzteres hatte auch die SPD-Fraktion vorgeschlagen. Die CSU freut sich über 750 zusätzliche Millionen Euro für das Bundesverkehrsministerium. Und schließlich sollen Renten von Geringverdienern unter gewissen Umständen durch eine staatliche Leistung ein wenig aufgestockt werden.

Statt wirklich die großen Aufgaben und Probleme anzugehen, vor denen dieses Land steht, verheddert sich die Koalition aus lauter Furcht vor dem Regierungsverlust in teuren, überflüssigen und effektlosen Wahlgeschenken.

„Das war ein schwarzer Sonntag für die Koalition. Dieser Koalitionsausschuss war der Offenbarungseid für die Regierung Merkel. Da ist kein Ehrgeiz, kein Ziel. Das Ergebnis waren Minimalkompromisse über alte Koalitionsladenhüter, aber kein Weg nach vorn“, resümiert SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Der verantwortungslose Deal Betreuungsgeld gegen Praxisgebühr sei gemacht worden, bevor die Koalitionäre zusammensaßen.

Steinmeier kritisiert insbesondere, dass wirtschaftspolitische Themen wie Mindestlohn oder Kurzarbeit überhaupt nicht behandelt wurden. „Statt Zukunftsvorsorge nur Themen, die in der Koalition nicht weh tun“, sagt der Oppositionsführer.

Weitere Reaktionen meiner Fraktion auf den Koalitionsgipfel, der eher ein Wahlgeschenke-Gipfel war, können Sie hier nachlesen:

<http://www.spdfraktion.de/themen/gipfelbeschl%C3%BCsse-entpuppen-sich-als-wahlkampf-geschenke>

Praxisgebühr abgeschafft

In namentlicher Abstimmung hat der Deutsche Bundestag heute überfraktionell die Praxisgebühr abgeschafft. Abgegebene Stimmen: 548. Davon mit Ja: 548 Stimmen. Ein solches 100 Prozent-Ergebnis kannte auch Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagsabgeordneter seit 1990 und Vize-Präsident des Deutschen Bundestages, noch nicht.

ESM und BVerfG

Europa hat uns natürlich weiterhin beschäftigt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September machte dann auch den Weg frei, zur Unterzeichnung des ESM-Vertrages durch Bundespräsident Gauck. Damit konnte der permanente Rettungsmechanismus installiert werden. Gut ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Mitwirkung des Bundestages insbesondere des Haushaltsausschuss erneut heraushebt. Damit wird die parlamentarische Verantwortung und auch Entscheidung über diese hohen Summen weiter gestärkt!

Mehr auf der Seite des Bundesverfassungsgerichts: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067>

Draghi im Bundestag

Rede von Draghi vor den Bundestagsausschüssen

Der EZB Präsident Mario Draghi war zu Gast im Bundestag, es war eine gemeinsame Veranstaltung der drei Bundestagsausschüsse Haushalt, Finanzen, EU. Geleitet wurde die Sitzung vom Bundestagspräsidenten. Die Ankündigung von Draghi, durch die EZB Staatsanleihen von Euro-Staaten aufzukaufen, hat gerade bei uns im Bundestag doch für einige Irritationen gesorgt. Deshalb haben wir sein Angebot angenommen, zu uns in den Bundestag zu kommen und uns dies zu erklären. Nach einem kurzen Statement von Mario Draghi, gab es im Anschluss daran Frage- und Antwortrunden mit





den Bundestagsabgeordneten. Uns im Bundestag interessiert natürlich, welche Auswirkungen seine Ankündigungen, Staatenleihen unbegrenzt aufzukaufen, auf Deutschland haben könnten.

Die Rettungsschirme EFSF und ESM sehen für ihre Maßnahmen strikte Konditionierungen vor. Auch hat der Bundestag bzw. der Haushaltsausschuss des Bundestages hier feste Regeln seiner Mitsprache und parlamentarischen Kontrolle aufgestellt, auch durch das Bundesverfassungsgericht untermauert. Die Risiken für Deutschland müssen klar berechenbar bleiben, dazu sind wir den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet.

Was bedeutet nun das Agieren der EZB, wenn hier unter Umständen andere "Schleusen" geöffnet werden, die keiner Zustimmung oder Kontrolle des Bundestags unterliegen aber finanziell eventuell gravierende Auswirkungen haben könnte?

Seine Rede können Sie hier lesen:

<http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp121024.de.html>

■ Aus der Fraktion

Schluss mit der Staatshaftung für Finanzinstitute

Wer bestimmt eigentlich den Lauf von Wirtschaft und Gesellschaft? Sind es hemmungslose Finanzmärkte und anonyme Manager oder demokratisch legitimierte Institutionen wie der Deutsche Bundestag? Die Antwort auf diese Frage ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Die SPD-Fraktion macht unter Verantwortung von Peer Steinbrück Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte; es gilt, Vertrauen zurückzugewinnen. In einer Reihe werden die Vorschläge einzeln vorgestellt.

Hier können Sie die Vorschläge „Schluss mit der Staatshaftung für Banken“ finden:

<http://www.spdfraktion.de/themen/wie-die-banken-reguliert-werden-m%C3%BCssen>

Broschüre:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/web_bankenregulierung_neue_wertschoepfung_1oseite_r.pdf

Fachgespräch: Ein Jahr nach Entdeckung des NSU

Am 4. November jährte sich der Tag, an dem die Verbrechen der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt wurden, zum ersten Mal. Ein Jahr nach Entdeckung der Terrorzelle hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Expertinnen und Experten und der interessierten Öffentlichkeit eine Bestandsaufnahme vorgenommen: Welche Konsequenzen sind nach den Nazi-Morden bisher gezogen worden? Wie muss die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten verbessert werden? Was ist zu tun, um Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen? Mehr als 100 Gäste kamen zu der Gesprächsrunde im Paul-Löbe-Haus.

SPD-Fraktion will sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Was ist zu tun, um Langzeitarbeitslosigkeit besser zu bekämpfen? Die SPD-Fraktion will schrittweise bis zu 200.000 Menschen mit Lohnzuschüssen in Beschäftigung bringen.

Rund eine Million Menschen sind langzeitarbeitslos. Etwa die Hälfte von ihnen findet bereits seit zwei Jahren oder noch länger keinen Einstieg in Arbeit. Oft kommen mehrere „Vermittlungshemmnisse“ zusammen: fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse, gesundheitliche Probleme, soziale Einschränkungen.

Mit der Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung möchte die SPD-Bundestagsfraktion





einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, um diesen Menschen neue Perspektiven auf Beschäftigung zu eröffnen. Dazu sollen Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen einstellen, zeitlich befristet Lohnkostenzuschüsse von 50 Prozent erhalten, in Ausnahmefällen auch bis zu 75 Prozent. Gleichzeitig sollen die Geförderten begleitend unterstützt und beispielsweise sozialpädagogisch betreut werden.

Finanziert werden soll das Programm zum einen aus dem so genannten „Eingliederungsbudget“ der Arbeitsvermittlung. Zum anderen schlagen die Sozialdemokraten vor, die „passiven“ Leistungen des Arbeitslosengeldes II als „aktive“ Leistung zur Finanzierung der Beschäftigungsverhältnisse heranzuziehen (so genannter „Passiv-Aktiv-Transfer“). Das geht aus dem Antrag „Sozialen Arbeitsmarkt dauerhaft über Passiv-Aktiv-Transfer ermöglichen“ (Drs. 17/11199) hervor.

Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln

Das Programm „Soziale Stadt“ zur Stabilisierung von benachteiligten Quartieren in Städten und Gemeinden soll von der Bundesregierung verlässlich finanziert werden. Das fordern SPD und Grüne in einem gemeinsamen Antrag.

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dennoch hat die Bundesregierung 2010 die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 70 Prozent gekürzt. In ihrem gemeinsamen Antrag fordern SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/10999) die Bundesregierung auf, für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu sorgen.

Das Programm soll zum Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt weiter entwickelt und entsprechend finanziert werden. Der kooperative,

fachübergreifende und partizipierende Ansatz des Programms ist zu stärken. Die Verzahnung mit öffentlichen Institutionen ist sicher zu stellen. Weiter soll die Bundesregierung als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern, so dass Integration erreicht und Verdrängung vermieden wird. Schließlich fordern die Abgeordneten unter anderem weiter, die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig zu verbessern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene soll auch im europäischen Strukturfonds die soziale Dimension der Stadtentwicklung als Förderziel festgelegt werden.

Die Koalition tut aber das Gegenteil und senkt die Mittel diese Programms erneut.

Frauenquote in Aufsichtsräten einführen

SPD und Grüne bringen gemeinsam Gesetzentwurf ein

2013 ist das „Superwahljahr“ für Aufsichtsräte. Viele Posten werden neu besetzt. In den DAX-30-Konzernen werden rund 80 Aufsichtsratsmitglieder von den Hauptversammlungen neu bestellt. Außerdem stehen auch in zahlreichen M-DAX, S-DAX und Tec-DAX-Unternehmen Neuwahlen an. Deshalb wollen SPD und Grüne im Bundestag ein Zeichen für die Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen setzen. Dazu haben sie den Hamburger Gesetzentwurf, den der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-regierten Länder Saarland und Sachsen-Anhalt beschlossen hat, in den Bundestag eingebracht.

Es wird Zeit, dass die Führungsetagen in Deutschland weiblicher werden. Der Versuch, das über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu erreichen,



war nicht erfolgreich. Die schwarz-gelbe Koalition ist uneins wie in so vielen Fragen. Während Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) durchaus für eine Quote ist, hat Frauenministerin Schröder (CDU) die Flexiquote erdacht, die ebenfalls auf Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt und somit ein weiterer zahnlöser Tiger wäre. Auch eine Reihe von Unions-Frauen ist für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote; sie hatten dazu auch eine Unterredung mit dem Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Die FDP lehnt die Frauenquote als Einschränkung der Wirtschaft ab. Im September hat der Gesetzentwurf aus Hamburg die Mehrheit im Bundesrat für eine Frauenquote in Aufsichtsräten mit den Stimmen aus den CDU-regierten Ländern Saarland und Sachsen-Anhalt erzielt. Das war eine erste wichtige Etappe.

40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte der Unternehmen

Die Fraktionen von SPD und Grünen übernehmen den Gesetzentwurf aus Hamburg und bringen ihn in den Bundestag ein. Er sieht die Einführung einer gesetzlichen Mindestquote für die Besetzung von Aufsichtsräten mit Frauen und Männern vor. Lange Übergangsfristen und eine zweistufige Einführung von zunächst 20 Prozent und 40 Prozent in der Endstufe gewährleisten eine breite Akzeptanz durch die betroffenen Unternehmen. In einem Zeitraum von elf Jahren können sie weibliche Führungskräfte rekrutieren und vorbereiten. Bis 2018 sollen mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt sein, und zwar auf Arbeitnehmer wie auf Arbeitgeberseite. Bis 2023 soll ihr Anteil 40 Prozent erreichen. Nur wenn ein Unternehmen nachweist, dass keine geeignete Frau zur Verfügung steht, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen Sanktionen, die vergleichsweise milde sind. So sollen Aufsichtsratsvergütungen bei der Körperschaftsteuer nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden. Darüber hinaus gewährleisten

Berichte, dass die Öffentlichkeit die Entwicklungen verfolgen kann.

Alleinerziehende besser unterstützen

Von den 8,2 Millionen Familien mit Kindern in Deutschland war 2009 laut Mikrozensus fast jede fünfte Familie (19 Prozent) eine Familie mit nur einem Elternteil. Also mit einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehendem Vater. Insgesamt gab es 1,6 Millionen Alleinerziehende. Der Anteil der Alleinerziehenden ist mit 27 Prozent in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland mit 17 Prozent. 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre leben in alleinerziehenden Haushalten. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.

Alleinerziehende sind in besonderer Weise auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen. Um ihre Lebenssituation zu verbessern und ihren Kindern Chancengleichheit zu ermöglichen, bedarf es der richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere alleinerziehende Frauen haben mit Diskriminierung am Arbeitsmarkt und mit der mangelhaften Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen. Es ist falsch, alle Alleinerziehenden und ihre Kinder als soziale Problemgruppe wahrzunehmen. Sie leisten täglich mehr als andere, um ihren Alltag zu organisieren. So müssen sie bei höherer Erwerbsarbeitszeit im Vergleich zu Paarhaushalten die Anforderungen an Hausarbeit und Kinderbetreuung ohne Hilfe eines Partners bewältigen.

37 Prozent der alleinerziehenden Mütter sind vollzeiterwerbstätig. Dazu muss die Kinderbetreuung sichergestellt sein. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom März 2012 belegt, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen 110.000 Alleinerziehende ermöglichen würde, arbeiten gehen zu können.



Damit wären 175.000 Kinder finanziell besser gestellt, und sie hätten bessere Bildungschancen.

Ein ganzes Maßnahmenbündel ist notwendig, das sich an den Wünschen, Bedürfnissen und zeitlichen Ressourcen von Alleinerziehenden orientiert. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ (Drs. 17/11032) in den Bundestag eingebracht, der am 26. Oktober 2012 im Parlament beraten wurde.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Alleinerziehenden einen besseren Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem die Kinderbetreuung. Zudem brauchen Alleinerziehende neue Arbeitszeitmodelle, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Ein Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und das Nachholen eines Schulabschlusses sowie die Beratung über Qualifikationsbedarf sollen gesichert werden. Ehe- und familienbezogene Leistungen sollen auf Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden überprüft werden.

Des Weiteren hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Neue Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“ (Drs. 17/11038) eingebracht.

Ein großes Problem für die Alleinerziehenden ist neben der mangelnden Akzeptanz durch die Arbeitgeber unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Sie brauchen häufig aufgrund ihrer Berufsfelder (Einzelhandel, Fertigungsberufe oder Reinigungspersonal) flexible Betreuungsstrukturen – die es nur selten gibt.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Frauen dabei zu unterstützen, den Bezug von Arbeitslosengeld II schneller verlassen zu können. Dazu ist die Gleichstellungspolitik besser in der Bundesagentur für

Arbeit zu verankern. Maßnahmen der Arbeitsagentur sollen auch in Teilzeit angeboten werden. Darüber hinaus sollen Alleinerziehende einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes erhalten. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder, die älter als drei Jahre oder Schulkinder sind, gelten. Neue Partner von Alleinerziehenden sollen erst nach einem Jahr Teil der Bedarfsgemeinschaft werden. Zudem fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Einführung eines gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde, um die Zahl der Aufstockerinnen zu verringern.

NETZPOLITIK

Potenziale von WLAN-Netzen nutzen

Blögeintrag von Lars Klingbeil

Der Deutsche Bundestag hat einen Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 17/11145) für mehr Rechtssicherheit für Betreiber von WLAN-Netzen beraten. Auf Initiative von Berlin und Hamburg hat der Bundesrat am 12. Oktober 2012 die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, Lösungen zu finden, wie das Potenzial von öffentlichen WLAN-Netzen stärker nutzbar und das Haftungsrisiko für WLAN-Betreiber beschränkt werden kann.

Mit unserem Antrag möchten wir die Initiative der beiden Stadtstaaten und des Bundesrates unterstützen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mit diesem Antrag die Bundesregierung auf, dieses Anliegen schnellstmöglich aufzugreifen und umzusetzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass das Potenzial von WLAN-Netzen im öffentlichen Raum für Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe aufgrund der bestehenden Haftungsrisiken brachliegt. Drahtlose lokale Netzwerke sind ein wichtiger Bestandteil der digitalen Infrastruktur und können – insbesondere in Städten und Ballungsräumen

aber auch in öffentlichen Räumen – einen Zugang zum Internet ermöglichen. Es muss eine Selbstverständlichkeit werden, dass in öffentlichen Einrichtungen wie Ämtern, Bibliotheken, Universitäten oder Schulen ein öffentlicher Zugang zum Netz möglich ist. Auch die Potenziale von privaten WLAN-Netzen liegen brach, weil Privatpersonen, Haus- und Wohngemeinschaften, Familien, Nachbarschaftsinitiativen aufgrund der derzeitigen Rechtsprechung daran gehindert sind, ihre Internetzugänge mit anderen zu teilen.

■ Aus dem Wahlkreis

Galeriebesuch mit Frank-Walter Steinmeier

Am Freitag, den 26. Oktober begleitete ich meinen Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier bei einem geführten Galerienrundgang des Landesverbandes Berliner Galerien (LVBG) bei dem wir



Foto: Nikolaus Netzer

verschiedene Galerien in meine Wahlkreis besuchten. Wir begannen bei der Tammen-Galerie, die 1979 in Berlin-Kreuzberg gegründet wurde und zu den Urgesteinen der Berliner Galerien-Landschaft gehört. Herr Tammen setzt seit über 10 Jahren als Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes für die nachhaltige Entwicklung des Kunststandortes Berlin ein.

Anschließend ging es in fünf Galerien in Charlottenburg-Wilmersdorf mit unterschiedliches

Ausstellungen und Schwerpunkten: eine Fotoausstellung von drei jungen Fotografen in der Galerie Rosendahl, Thöne & Westphal, einen norwegischen Streetart Künstler in der Galerie Friedmann-Hahn sowie Ausstellungen in den Galerien Brockstedt Berlin und eine öffentliche Vernissage in der Galerie Michael Haas.

Den Abschluss bildete „Camera Work“ in der Kantstraße mit der Ausstellung von Bettina Rheims Gender Studies. Ein wirklich inspirierender, informativer Abend – bei dem sich zeigte, wie vielfältig Kunst und auch die Galerienlandschaft in Charlottenburg ist.

Denkmalschutz Sonderprogramm

Im September gab der Haushaltsausschuss weitere Mittel des Sonderprogramms Denkmalschutz frein. Ich habe mich im August mit Pfarrer Germer getroffen, um seinen Antrag für die Sanierung der Gedächtniskirche vorzubereiten und zu unterstützen. Und mit Erfolg: 500.000 € erhält die Gedächtniskirche! Damit kann die Sanierung weitergehen. Auch der Jüdische Friedhof Weißensee kann sich über weitere Mittel freuen! Sehr gut!

Inge Deutschkron – Festakt zum 90. Geburtstag

Die Autorin Inge Deutschkron feierte am 23. August ihren 90. Geburtstag. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand organisierte der Regierende Bürgermeister von Berlin am 27. August 2012 im Festsaal des Berliner Rathauses eine Festveranstaltung zu Ehren von Inge Deutschkron

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit: „Inge Deutschkron gehört zu den großen und wichtigen Persönlichkeiten unserer Stadt. Ich empfinde tiefen Respekt besonders dafür, wie Inge Deutschkron über ihre Verfolgung durch die Nationalsozialisten spricht und über das,



was sie in ihrer Jugend in Berlin erlebt und erlitten hat. Sie hat es zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, ihre Lebensgeschichte und die Geschichte ihres Überlebens vor allem den nachwachsenden Generationen zu erzählen und an die mutigen Menschen zu erinnern, die NS-Verfolgten geholfen haben.“ Ohne Inge Deutschkrons Engagement, so Wowereit weiter, gäbe es weder das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt noch die Gedenkstätte Stille Helden: „Inge Deutschkron hat durch ihr Vorbild viele Menschen zum Engagement für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft angestiftet. Ihr Ziel, alles zu tun, um zu verhindern, dass vergleichbares Unrecht jemals wieder geschieht, ist das Ziel aller in unserer Gesellschaft, die sich tagtäglich für die Bewahrung der Freiheit einsetzen und die Gesicht zeigen gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus.“

Inge Deutschkron bekam 2002 den Verdienstorden des Landes Berlin. 2008 wurde ihr die Louise-Schroeder-Medaille des Landes Berlin verliehen.

Sommersgespräche 2012

Von Juli bis September war ich wieder mit meinen **Sommersgesprächen 2012** in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf unterwegs. In dieser Zeit war ich am Infostand auf den Wochenmärkten anzutreffen und habe verschiedene Projekte und Organisationen in meinem Wahlkreis besucht. Auf Anregung der **Stiftung SPI „Regiestelle Schwerpunkt-Kita in Sprache & Integration“** besuchte ich gemeinsam mit dem Leiter der Stiftung eine Einrichtung in meinem Wahlkreis und informierte mich vor Ort über die Arbeit der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sehr beeindruckt war ich auch von der Arbeit der **Telefonseelsorge Berlin e.V.**, die ich bereits zum zweiten Mal besuchte. Es ist wirklich eine enorme Leistung der vielen ehrenamtlichen Helfer und dem Geschäftsführer Anselm Lange.

Im August habe ich gemeinsam mit meinem Spandauer Fraktionskollegen Swen Schulz zu einer Veranstaltung aus der Reihe **Fraktion-vor-Ort** eingeladen. Das Thema „**Ganztagschule**“ stand im Fokus, denn unsere Fraktion will, dass jedes Kind und jeder Jugendliche optimal gefördert wird und die beste Bildung erhält. Deshalb entwickelt die SPD-Bundestagsfraktion einen Masterplan für den Ausbau des Ganztagsangebotes und der Verbesserung der pädagogischen Qualität. Unser Ziel ist, bis 2020 jedem Kind die Möglichkeit zu geben, von einer guten Ganztagschule zu profitieren.

„Innungsgespräch“

Auf meine Einladung trafen sich Innungsvertreter, -Meister und Geschäftsführer verschiedener Berliner Handwerks-Branchen am 23. Oktober zum jährlichen Innungsgespräch im Deutschen Bundestag.

Diese Veranstaltung ist mittlerweile fest in meinem Terminkalender etabliert und ich habe mich sehr gefreut, dass sich auch in diesem Jahr **Michael Müller**, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt und **Marc Schulte**, Bezirksstadtrat der Abteilung Stadtentwicklung und Ordnungsangelegenheiten von Charlottenburg-Wilmersdorf, Zeit genommen hatten. Als kompetente Gesprächspartner stellten sie sich den Fragen der Gäste, diskutiert wurde über die Auswirkungen der Energiewende im Bereich öffentliches Bauen, über die Finanzierung künftiger Bauvorhaben in bis hin zu Vergaberegulungen in der Region, Frauenförderung und die Integration von Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten.

■ Unterwegs

Andilly

Manchmal gibt es Termine, die sind schon emotional bewegend. So war ich am 8. September 2012 in Andilly, Frankreich als Rednerin anlässlich der **Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofs Andilly / Frankreich.**



Foto Boris Patzek / VDK

Die deutsche Kriegsgräberstätte liegt im französischen Département Meurthe-et-Moselle, etwa 12 Kilometer nördlich der Stadt Toul, und ist die größte Anlage des Zweiten Weltkrieges in Frankreich. In der Gemarkung des kleinen Ortes Andilly, der kaum 250 Einwohner zählt, begann am 12. September 1944 der amerikanische Gräberdienst mit der Einbettung eigener und deutscher Gefallener. Inzwischen ruhen über 33 000 deutsche Soldaten hier und eine einzige Frau, Klara Engl, deren Grabstelle ich auch besucht habe.

Es war ein sehr ergreifender Tag für mich: Deutschen und Franzosen setzen gemeinsam ein Zeichen, dass zwischen ehemals so verfeindeten Völkern Frieden möglich ist. Es ist eine Erinnerung und Mahnung daran, was Europa überhaupt bedeutet und geschaffen hat. Etwas, was im Moment oft in den Hintergrund rückt.

Der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der

Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Ich bin von meiner Fraktion als Mitglied im Parlamentarischen Ring entsandt, weshalb ich auch gebeten wurde, auf dieser Veranstaltung zu sprechen.

Portugal und Spanien

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss besuchte ich vom 16 bis 19. September Portugal und Spanien. Gespräche mit Abgeordneten, mit verschiedenen Ministern und bei Banken zeigten mir erneut, wie wichtig solche Besuchen sind. Die Entwicklung Portugals, das bereits unter dem Rettungsschirm ist, wurde sehr deutlich. Und auch die Situation Spaniens, das Hilfe für seine Banken sucht, stellt sich vor Ort doch deutlichen dar, als wenn man in Berlin sitzt.

Weiterbildungstag / Jugendarmut

Ich war zu Gast bei einigen Veranstaltungen, bei denen es um Bildung und um Zukunftschancen ging: Bei der Auftaktveranstaltung zum Deutschen Weiterbildungstag am 20. September im Deutschen Bundestag war ich auf dem Podium.



Boris Patzek / VDK

<http://www.deutscher-weiterbildungstag.de/aktuelles/auftakt-2012.html>



Bei der Aktionswoche des Internationalen Bundes zum Thema „Aktiv gegen Armut“ am 25. Oktober war ich bei der Abschlussveranstaltung Diskussionsteilnehmerin. Deutlich wird immer wieder, dass Bildung und Ausbildung die Weichen stellen, um später „gut“ leben zu können.

Hierzu passt auch ein aktueller Antrag meiner Fraktion „Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung“. Eine gute Berufsausbildung ist für viele junge Menschen die wichtigste Grundlage für einen erfolgreichen Einstieg ins Erwerbsleben. Gute Ausbildung sichert Zukunftschancen – für junge Menschen und für die Betriebe. Sie gibt Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine attraktive berufliche Perspektive. Und sie hilft dabei, den dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften zu sichern. Für die SPD steht fest: Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Alle Unternehmen brauchen qualifizierten Fachkräftenachwuchs. Und alle, die als Jugendliche oder junge Erwachsene keinen Einstieg gefunden haben, haben das Recht auf eine zweite oder dritte Chance.

Unsere Kernforderungen sind dabei:

- Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle einführen. Jeder junge Mensch soll einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung erhalten.
- Wir wollen allen eine gute Qualität der Ausbildung ermöglichen. Die unverändert hohe Zahl von Ausbildungsabbrüchen hängt auch mit der Qualität von Ausbildungsverhältnissen zusammen.
- Wir wollen den Unternehmen helfen, benachteiligte Jugendliche erfolgreich zum Berufsabschluss zu führen.
- Wir wollen allen eine zweite und dritte Chance garantieren. Die Förderung des Nachholens eines Schulabschlusses muss zu einem Rechtsanspruch werden. Junge Erwachsene ohne

Berufsabschluss müssen besser unterstützt werden.

Mehr dazu können Sie hier lesen:

<http://www.spdfraktion.de/themen/jugendliche-haben-ein-recht-auf-ausbildung>

■ Termine

Ausstellungseröffnung – Projekte in Afrika

Am 6. Dezember, von 16.00 bis 18.00 Uhr, lade ich Sie herzlich zur Ausstellungseröffnung der Ausstellung „Projekte in Afrika“ in mein Wahlkreisbüro, die Goethe15 ein.

In dieser Ausstellung präsentieren sich wieder einmal Projekte und Initiativen aus Charlottenburg-Wilmersdorf, dieses Mal Initiativen, die von Privatleuten gegründet, im Kleinen vor Ort praktische Entwicklungshilfe leisten. So wird ein Schulprojekt in Addis Abeba / Äthiopien unterstützt, eine andere Gruppe stellt ihr Projekt vor, das eine Grundschule für Massai Kinder in Endonet in Kenia unterstützt.

Schauen Sie doch vorbei. Auch der Marie-Schlei-Verein und die Seniorenhilfe Kamerun stellen ihre Arbeit vor! Ich freu mich auf Sie!



Terminhinweis – jugendFORUM

Am 24. November 2012 findet zum 12. Mal das Berliner *jugendFORUM* statt. Zu Berlins größter jugendpolitischen Veranstaltung kommen 1.000 Jugendliche und diskutieren mit Berliner Abgeordneten aller Fraktionen. Und abends gibt es Party und Konzert im Jugendhaus "Königstadt" in Prenzlauer Berg.

Hier ein paar Themen:

- *Wiese oder Beton*
Was kann man für uns aus dem Tempelhofer Feld machen?
- *Kampf gegen Rechts*
Ist der Staat ein zuverlässiger Partner?
- *Soziale Ungerechtigkeit*
Sind die Kürzungen in Berlins Jugendbereich noch zu verantworten?
- *Loser-Klasse oder Praxis-Checker*
Was bringt das duale Lernen?
- *Mieten raus, Menschen runter*
Wem gehört eigentlich die Stadt?

Mehr hier:

<http://www.berliner-jugendforum.de/index.php?id=302>

So können Sie mich erreichen

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 77262
Fax: (030) 227 – 76263
petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 15
10625 Berlin
Tel: (030) 3138882
Fax: (030) 31800168
petra.merkel@wk.bundestag.de

Öffnungszeiten

Montag und Dienstag: 12 bis 16 Uhr
Mittwoch und Donnerstag: 10 bis 14 Uhr
Freitag: geschlossen

